Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/10/2023

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 06.11.2023,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung 19:30 Uhr
Ende der Sitzung 20:21 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Benjamin Stukenberg

Stadtverordnete/r

Herr Thomas Bellizzi
Frau Marie-Luise Bernhardt
Herr Burkhardt Bertram
Frau Elke Dullweber
Frau Ursula Ebert
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Herr Stefan Gertz
Herr Felix Gläveke
Frau Inga Jensen-Buchholz
Frau Michaela Knaack
Herr Marten Koop
Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Herr Arthur Klaus Korte
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Herr Béla Randschau
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Lasse Thieme
Frau Sophie von Hülsen
Frau Silke von Stockum

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Anne-Marie van Oosterum-Arnu

Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Eckart Boege
Herr Peter Kania
Frau Peggy Ehrig

Bürgermeister
FBL IV
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Herr Dr. Bernd Buchholz
Frau Ulrike Kraus
Herr Markus Kubczig
Herr Wolfgang Schäfer

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 5.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 5.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
6. Planfeststellungsverfahren für das Vorhaben "S-Bahnlinie S4 (Ost) Hamburg - Bad Oldesloe, Planfeststellungsverfahren 3 - Landesgrenze Hansestadt Hamburg/Schleswig-Holstein bis einschließlich Ahrensburg - Gartenholz"/Einwendungen, Stellungnahmen und Hinweise der Stadt Ahrensburg **2023/105/1**
- 6.1. Antrag betreffend Projektmittel S 4 **AN/038/2023**
- 6.2. Antrag auf Bereitstellung von Haushaltsmittel für eine eventuell gerichtliche Auseinandersetzung mit der Bahn **AN/037/2023**
- 6.3. Antrag betreffend Einwendungen der Stadtverordneten als Vertreter aller Bürger im PFA3 zum Bau der S4 **AN/039/2023**
7. Vermessung und Betonuntersuchung Sanierung Fahrbahn Trog
Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gemäß § 82 GO SH **2023/094**
8. Erneuerung Lichtsignalanlage Manfred-Samusch-Straße/Alte Reitbahn
Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gemäß § 82 GO SH **2023/093**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgervorsteher Stukenberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteher Stukenberg stellt die Beschlussfähigkeit mit 27 Stadtverordneten fest. 4 Stadtverordnete fehlen entschuldigt.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Jürgen Siemers meldet sich zu Wort und erklärt, dass am Montag der Finanzausschuss tagt und eine Vorlage zur Beratung ansteht wonach die Grundsteuer angehoben werden soll. Er führt aus, dass laut der Vorlage die Hebesätze von 350% auf 480% angehoben werden sollen. Er geht auf eine Vergleichsdatei ein mit Hinblick auf die Hebesätze im Vergleich zu anderen Kommunen. Danach habe Ahrensburg durchaus nicht die höchsten Hebesätze. 4 andere Kommunen liegen gleich niedrig wie Ahrensburg und die übrigen 24 Kommunen liegen bedeutend höher. Er zieht den Vergleich zur Gewerbesteuer und erläutert, dass man hierbei in Ahrensburg gleichliegt wie auch in anderen Kommunen. Er fragt nach den 2.000.000 € die als Mehreinnahmen klassifiziert werden und durch die Erhöhung der Grundsteuer eingespielt werden sollen und möchte wissen, warum nicht auch eine entsprechende Gewerbesteuererhöhung erfolgen soll.

In einer zweiten Angelegenheit geht Herr Siemers auf die Vorlage 2023/105/1 ein. Er erklärt, dass er und seine Frau bei der Einwohnerversammlung die Anregung gestellt haben, dass sie gerne einen dezidierten Mengenplan über die Züge von der DB abgefragt haben möchten. Er begründet dies und erläutert, dass die Strecke die jetzt befahren werden soll weit mehr schafft, als die DB beschreibt. Sie schaffe bis zu 260 Züge. Man weiß was an Lärm auf die Stadt zukommt, wenn alles so ausgebaut wird. Er ist der Meinung,

dass die Stadt dringend von der DB eine klare Aussage braucht, welche Zugmengen- und Arten hier fahren werden. Die schweren Züge machen sonst später die Stadt kaputt. Zu Beginn des S4-Plans wurde im Bundesverkehrswegeplan deutlich gemacht, dass die Strecke ab Lübeck in Richtung Büchen zur Entlastung Stormarns gedacht sei – dies habe man zwischenzeitlich zurückgezogen. Die Verwaltung sollte über die DB einen ganz klaren Plan erfragen. Er dankt allen Beteiligten für Ihre umfangreiche Arbeit im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens.

Bürgermeister Boege antwortet, dass die Gewerbesteuerentwicklung der letzten Jahre – Im Rahmen der Gewerbesteuereinnahmen - durch das Wachstum der Gewerbebetriebe in Anzahl und Wirtschaftskraft gestiegen ist. Das heißt, dort ist in den letzten Jahren deutlich was hinzugekommen wodurch man als Stadt finanziell gut dasteht. In der Grundsteuer hingegen habe es keine ähnliche Entwicklung gegeben, weil dies logischerweise viel statischer ist. Letztlich ist der Anteil der Grundsteuer an dem was wir insgesamt an Ausgaben haben in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Deswegen gibt es jetzt seitens der Verwaltung den Vorschlag zu sagen, bei dem was man sich als Stadt leistet, ist es nun angebracht die Grundsteuer angemessen zu erhöhen. Er erklärt, dass die Vorlage nun zur Beratung steht und es an der Politik liegt diese nun zu beraten und an dieser Stellschraube oder ggf. an anderer Stelle zu schauen wie man den hohen Ausgaben der Stadt entgegen kann. Im Moment habe man im Ergebnishaushalt ein Minus von über 15.000.000 €. In dieser Form wäre der Haushalt nicht genehmigungsfähig.

Herr Siemers fragt, ob der Grundsteuermessbetrag der nun auf alle zukommt, der Verwaltung schon bekannt ist. Er möchte wissen, ob die Verwaltung schon berechnen kann wie nach dem neuen Grundsteuermessbetrag die Erträge der Stadt zukünftig sein werden. Er versteht nicht, warum man jetzt eine Steuererhöhung plant und genau was dazu nochkommt.

Bürgermeister Boege erläutert, dass es das Bekenntnis gibt, dass man mit der Umstellung der Grundsteuermessbeträge in Summe über die Änderung der Grundsteuermessbeträge keine Erhöhung durchführen will. Das ist auch ein Grund dafür zu sagen, dass wenn man die Grundsteuern anhebt dann jetzt, weil es jetzt noch transparent ist. Natürlich wird es im Jahr darauf nochmal durch die Grundsteuermessbeträge individuelle Veränderungen geben, aber diese Veränderung soll Aufkommensneutral sein.

Zur zweiten Anfrage von Herrn Siemers führt Bürgermeister Boege aus, dass die Empfehlung der Verwaltung, zur Abfrage des dezidierten Last- und Nutzungsberichtes von der DB, in der Sondersitzung des BPA beschlossen wurde. Das heißt die Abfrage des Berichtes erging als Arbeitsauftrag vom BPA an ihn in seiner Funktion als Bürgermeister.

Herr Jan Furken fragt, ob es im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens 3 beabsichtigt ist die Resolution aus 2017, also das Rechtsgutachten der Stadt Ahrensburg für den Einfluss der Bahntrasse auf das Stadtbild, einzureichen.

Er fragt weiterhin, ob in der Einwendung der Verwaltung der Stadt

Ahrensburg die Empfehlung aufgenommen worden ist, die Ausweisung des FFH-Gebiet als ruhiges Gebiet im Rahmen der Lärmaktionsplanung und insofern auch die Forderung zum Schutz als ruhiges Gebiet.

Herr Kania (FBL IV) führt aus, das die Resolution nicht wiederholt wird, aber einzelne Punkte aus der Resolution in der Stellungnahme als Einwendung aufgenommen wurden.

Bürgermeister Stukenberg unterbricht Herrn Kania und wendet sich an Herrn Harald Dzubilla, welcher im Publikum sitzt. Er bittet Herrn Dzubilla damit aufzuhören Fotos zu machen. Er erklärt, dass es untersagt ist in der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen zu machen. Das rechtliche Gutachten hierzu kommt zum Protokoll der letzten Stadtverordnetenversammlung vom 30.10.2023. Er weist Herrn Dzubilla nochmals ausdrücklich darauf hin, dass das Anfertigen von Foto- und Tonaufnahmen hier untersagt ist. Er bittet Herrn Dzubilla diese Anordnung zu respektieren.

Herr Dzubilla entgegnet, dass er dies nicht respektiert. Er führt aus, dass der Bürgermeister ihm versprochen habe eine Expertise vorzulegen.

Bürgermeister Stukenberg führt aus, dass er versprochen habe, dass dies zu Protokoll gegeben wird und das Protokoll noch kommt.

Herr Dzubilla merkt an, dass er die Expertise innerhalb einer Woche nicht erhalten habe.

Bürgermeister Stukenberg erläutert, dass die Anfertigung des Protokolls innerhalb dieser Woche nicht möglich war.

Herr Dzubilla sagt, Bürgermeister Stukenberg habe gesagt die Expertise läge ihm vor und solange er diese nicht habe beruft er sich auf die Pressefreiheit und auf die Meinungsfreiheit und wird weiterhin fotografieren. Er sagt, dass der Bürgermeister gerne die Polizei rufen könne und denen dann erklären möge, warum er hier die Pressefreiheit beschränken will.

Bürgermeister Stukenberg erläutert nochmals, dass Herr Dzubilla die rechtliche Stellungnahme im Rahmen des Protokolls erhält. Er mahnt das Verhalten von Herrn Dzubilla als absolut inakzeptabel an. Er führt aus, dass es sich hier nicht um eine Versammlung nach Versammlungsrecht handelt, weil es sich hier um ehrenamtliche Politiker handelt. Daher dürfen hier nur Foto- und Tonaufnahmen angefertigt werden sofern diesen ausdrücklich zugestimmt wurde. Dies wurde vom Bundesverwaltungsgericht entschieden. Er weist Herrn Dzubilla darauf hin, dass er es leider durchsetzen muss sofern Herr Dzubilla dieser Anordnung nicht Folge leistet. Bei einer Weigerung bliebe natürlich in letzter Konsequenz nur die Polizei, aber er hofft dies vermeiden zu können und hofft auf die Einsicht von Herrn Dzubilla.

Bürgermeister Stukenberg erteilt Herrn Kania erneut das Wort.

Herr Kania erläutert, dass die Ausweisung des FFH-Gebietes als ruhiges

Gebiet nicht in der Stellungnahme mitaufgenommen wurde, sondern nur das FFH-Gebiet als solches. Er merkt an, dass dies – wenn gewünscht - ohne Probleme gerne noch im Rahmen der Diskussion zusätzlich aufgenommen werden kann.

Herr Furken führt aus, dass wenn die Verwaltung der Meinung ist dies nicht mit aufnehmen zu müssen dann würde ihn interessieren mit welcher Begründung. Das eine sei schließlich FFH-Richtlinie und das andere die Lärmaktionsplanung, also die Richtlinie für Umgebungslärm und somit zwei verschiedene Sachen.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgervorsteher Stukenberg erläutert die Tagesordnung und die Stadtverordneten stimmen der mit Einladung vom 24.10.2023 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

27	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

5. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

5.1. Berichte gem. § 45 c GO

5.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

- Keine -

6. Planfeststellungsverfahren für das Vorhaben "S-Bahnlinie S4 (Ost) Hamburg - Bad Oldesloe, Planfeststellungsverfahren 3 - Landesgrenze Hansestadt Hamburg/Schleswig-Holstein bis einschließlich Ahrensburg - Gartenholz"/Einwendungen, Stellungnahmen und Hinweise der Stadt Ahrensburg

Stadtverordneter Dr. Köpke von der WAB-Fraktion hält einen Sachvortrag und führt aus, dass der Vorlage 2023/105 in der gemeinsamen Sitzung von Bau- und Planungsausschuss und Umweltausschuss einstimmig zugestimmt wurde. Ebenfalls wurde der Vorlage 2023/092 gefolgt.

Stadtverordneter Siller von der CDU-Fraktion bedankt sich für die gute interfraktionelle Zusammenarbeit und dankt allen Teilnehmern der Arbeitsgruppe S4 für die gute Zusammenarbeit.

Stadtverordneter Schmidt von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN möchte zur Diskussion stellen, die Anmerkung von Herrn Jan Furken zu den ruhigen Gebieten mitaufzunehmen und stellt folgenden Antrag:

Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN für Vorlage 2023/105/1

Die ruhigen Gebiete aus der Lärmaktionsplanung werden in die Stellungnahme der Stadt zur S4-PFA3 Planung aufgenommen. Mit der Aufforderung um Beachtung.

gez. Christian Schmidt

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag vor mit der Absicht, einen Teil aus dem Gutachten von Rainer Pingel auch in die städtische Vorlage aufzunehmen.

Antrag zu Top 6

Die STVV möge beschließen: Das Gutachten von Herrn Rainer Pingel (AN/039/2023 Anlage 2) wird in die Einwendungen der Stadt Ahrensburg zum PFA3 S4 aufgenommen.

gez. Béla Randschau / SPD

Bürgervorsteher Stukenberg verliest zunächst den Antrag von Stadtverordnetem Randschau und lässt darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag zum Antrag Randschau:

Die STVV möge beschließen: Das Gutachten von Herrn Rainer Pingel (AN/039/2023 Anlage 2) wird in die Einwendungen der Stadt Ahrensburg zum PFA3 S4 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

27	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg verliest anschließend den Antrag von Stadtverordnetem Schmidt und lässt darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag zum Antrag Schmidt:

Die ruhigen Gebiete aus der Lärmaktionsplanung werden in die Stellungnahme der Stadt zur S4-PFA3 Planung aufgenommen. Mit der Aufforderung um Beachtung.

Abstimmungsergebnis:

27	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg verliest zuletzt den Beschlussvorschlag der Vorlage 2023/105/1 und lässt darüber inkl. der zugestimmten Anträge abstimmen.

Beschlussvorschlag:

In dem S4-Planfeststellungsverfahren Abschnitt 3 gibt die Stadt Ahrensburg die als Anlage beigefügten Einwendungen, Stellungnahmen und Hinweise ab.

Abstimmungsergebnis:

27	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

6.1. Antrag betreffend Projektmittel S 4

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion erläutert den AN/038/2023 und erklärt, dass es Bereiche beim Projekt S4 gibt in denen die Stadtverordnetenversammlung die Stadt nicht ausreichend vertreten kann mit „nur“ einer Einwendung. Beispielsweise im Hinblick auf den Westbahnhof, das Auetal oder die Weinbergquerung. Um zeigen zu können, was wir als Stadt wollen braucht man 290.000€ bis zur Planungsreife um wehrhaft gegen die Deutsche Bahn auftreten zu können.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Antrag AN/038/2023 über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

27	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

6.2. Antrag auf Bereitstellung von Haushaltsmittel für eine eventuell gerichtliche Auseinandersetzung mit der Bahn

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion erläutert den Antrag und führt aus, dass in den Planungsunterlagen teilweise schlechte Vorarbeiten der Deutschen Bahn festgestellt wurden. Daher seien die beantragten Haushaltsmittel notwendig um ggf. gerichtlich vorgehen zu können.

Bürgermeister Boege führt aus, dass er es für sinnvoll hält sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten und selbst auch Optimierungsbedarf bei den Planfeststellungsunterlagen festgestellt hat. Er erinnert jedoch daran, dass es bisher immer einen guten Dialog mit der Deutschen Bahn (DB) gab und die DB auch bereits auf die Stadt zugekommen sei. Die DB habe die Gesprächsbereitschaft mehrfach betont.

Stadtverordneter Schmidt von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stimmt zu, dass man natürlich nach Möglichkeit mit der DB zusammenarbeiten möchte. Diese Haushaltsmittel seien lediglich eine Art Rückversicherung um für den Fall der Fälle entsprechende Mittel zu Verfügung zu haben.

Stadtverordneter Bertram von der CDU-Fraktion stellt einen Änderungsantrag hinsichtlich einer Formulierung und erläutert diesen. Der Änderungsantrag lautet:

CDU Fraktion

Änderungsantrag zu AN/037/2023

Wir bitten um Änderung der Formulierung im Antrag von „Auseinandersetzung mit der Bahn“ in „Auseinandersetzung im Zuge des Planfeststellungsverfahrens“

Begründung erfolgt mündlich.

gez. B. Bertram 06.11.2023

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Änderungsantrag zum Antrag AN/037/2023 und lässt anschließend darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

27	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Antrag AN/037/2023 inkl. des Änderungsantrages und lässt anschließend darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

27	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

AN/039/2023

6.3. Antrag betreffend Einwendungen der Stadtverordneten als Vertreter aller Bürger im PFA3 zum Bau der S4

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion erläutert den Antrag AN/039/2023.

Er führt aus, dass sich alle Fraktionen einig sind und bei der Fehlersuche umfangreich zusammengearbeitet haben – auch mit der Verwaltung. Es wurde sehr konstruktiv gearbeitet – auch über den Wahlkampf hinaus. Man könne stolz sein auf die Ausarbeitungen.

Für die Umweltschutzbelange ist die Stadt formal nicht zuständig.

Er gibt zudem einen Ausblick auf das aktuelle im Bundestag zu beratende Planungsbeschleunigungsgesetz und gibt an, dass solche Ausarbeitungen wie hier im Rahmen der Einwendungen in einem kürzeren Zeitraum nicht zu schaffen gewesen wären.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Antrag AN/039/2023 über den anschließend abgestimmt wird.

Bürgervorsteher Stukenberg merkt an, dass die eigentliche Arbeit trotzdem erst noch auf uns zukomme, aber mit den Einwendungen ein sehr guter Grundstein, für ein hoffentlich gutes Ergebnis, gelegt wurde.

Abstimmungsergebnis:

27	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

7. Vermessung und Betonuntersuchung Sanierung Fahrbahn Trog Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gemäß § 82 GO SH

Stadtverordneter Gaumann von der CDU-Fraktion hält einen Sachvortrag und führt aus, dass die Kosten durch Minderausgaben gedeckt sind und der Bau- und Planungsausschuss über die Vorlage einstimmig abgestimmt hat.

Bürgermeister Boege erläutert, dass die dafür aufgebrauchten Mittel von der Schule nicht weggenommen werden, sondern das Geld für die Schule dieses Jahr ohnehin nicht mehr ausgegeben worden wäre und der Schule im nächsten Jahr wieder zur Verfügung steht.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Beim Produktsachkonto (PSK) 54300.0900001-219 wird für die Vermessung und Betonuntersuchung der Fahrbahn im Trog gemäß § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO SH) einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 40.000 € zugestimmt.
2. Die Deckung wird gewährleistet durch entsprechende Minderausgaben in Höhe von 40.000 € bei PSK 21115.0900000-129 (Erweiterung GS Am Aalfang). Die Begründung hierzu ist die Anpassung des Haushaltsansatzes an den aktuellen Baufortschritt. Es handelt sich ausschließlich um eine Verschiebung der Haushaltsmittel von 2023 nach 2024.

Abstimmungsergebnis:

27	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

**8. Erneuerung Lichtsignalanlage Manfred-Samusch-Straße/Alte Reitbahn
Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gemäß § 82 GO SH**

Stadtverordneter Gaumann von der CDU-Fraktion hält einen Sachvortrag und führt aus, dass die Lichtsignalanlage abgängig ist und nur noch mit Notreparaturen funktioniert. Es gibt keine benötigten Ersatzteile mehr und es handelt sich um eine sehr wichtige Ampel im Stadtgebiet.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Beim Produktsachkonto (PSK) 54100.0900001-282 wird für die Erneuerung der Lichtsignalanlage Manfred-Samusch-Straße/Alte Reitbahn gemäß § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO SH) einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 60.000 € zugestimmt.
2. Die Deckung wird gewährleistet durch entsprechende Minderausgaben in Höhe von 60.000 € bei PSK 21115.0900000-129 (Erweiterung GS Am Aalfang). Die Begründung hierzu ist die Anpassung des Haushaltsansatzes an den aktuellen Baufortschritt. Es handelt sich ausschließlich um eine Verschiebung der Haushaltsmittel von 2023 nach 2024.

Abstimmungsergebnis:

27	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgervorsteher Stukenberg beendet die Sitzung um 20:21 Uhr.

Benjamin Stukenberg
Vorsitzender

Peggy Ehrig
Protokollführerin